

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

09.06.-11.06. 2010

MdL Peter Ritter

TOP 2

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern (5/2837)

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

wenn mir danach ist, ein Märchen zu lesen, dann greife ich zu Werken von den Gebrüder Grimm oder von Hans Christian Andersen, oder ich nehme mir einfach eine Broschüre der CDU-Landtagsfraktion, etwa die mit dem verheißungsvollen Titel „Polizeireform – Bessere Präsenz in der Fläche“.

Dieses Märchen habe ich in letzter Zeit öfter gelesen.

Wenn ich mir dann aber den heute zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuorganisation der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern anschau, ärgere ich mich sage ich mir, hätte ich doch die Gebrüder Grimm gewählt.

Denn:

Märchen gehen bekanntlich am Ende gut aus.

Bei der Polizeireform des CDU-Innenministers Lorenz Caffier jedoch, da bin ich mir sicher, wird es ein böses Erwachen geben.

Herr Innenminister,

vorab möchte ich Ihnen zugestehen, dass Sie es nicht einfach haben.

Der allseits anerkannte Reformbedarf auch bei der Polizei ist bei den vorherrschenden Rahmenbedingungen schwierig umzusetzen.

Zur Entwicklungen der Demografie und der öffentlichen Haushalte muss ich nichts näher ausführen.

Insofern kennt auch DIE LINKE die Probleme.

Deshalb stellen wir uns auch nicht hin und fordern am liebsten mehr Standorte und mehr Polizistinnen und Polizisten.

Ich erinnere mich noch gut an die Debatten zum Personalentwicklungskonzept aus dem Jahr 2001.

Schweren Herzens haben auch wir das mitgetragen - uns unserer Verantwortung gestellt.

Sie eigentlich auch, Herr Innenminister?

Die CDU jedenfalls hatte im Wahlkampf 2006 wieder schöne Broschüren gedruckt.

Wenn die CDU endlich regiere, werde das alles besser mit der Polizei, bei der Polizei solle nicht gespart werden, so die Botschaft des Märchens.

Was ist dann aber tatsächlich passiert?

Zunächst hat der CDU-Innenminister über die Vereinbarungen im alten

Personalentwicklungskonzept hinaus neuen Streichungen bei der Polizei zugestimmt.

Zu den noch zu erbringenden 168 Stellen nach dem alten kommen jetzt noch bis zum Jahr 2015 200 weitere nach dem neuen Konzept hinzu.

Und zwischendurch hat der Innenminister schnell dafür gesorgt, dass die Polizeibeamtinnen und Beamtinnen in Mecklenburg-Vorpommern im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern erst zwei Jahre später in Pension gehen dürfen.

Die Polizei wird im Lande damit zwar nicht jünger, aber dafür, sagen wir einmal, routinierter.

Herr Innenminister, was Sie nicht alles so für die Polizei machen.

Meine Damen und Herren,

dass die CDU eigene großspurige Wahlversprechen selbst kassiert, hat sie natürlich auch gemerkt.

Also versucht sie verzweifelt, die Polizeireform als ein wichtiges Projekt der Landesregierung zur Stärkung der Polizei darzustellen.

Herausgekommen ist ein unausgelegener Gesetzentwurf.

Spätestens heute kann ich getrost feststellen:

Innenminister Caffier hat die Polizeireform vergeigt.

Vergeigt, nicht wegen der für das Innenministerium peinlichen vielen rechtsförmlichen und redaktionellen Fehlern.

Vergeigt, weil Landesbehörden neu strukturiert werden sollen, ohne das entschieden ist, was mit den nachgerichteten Einrichtungen und vor allem den betroffenen Polizistinnen und Polizisten passieren soll.

Vergeigt, weil entgegen der Gesetzesbegründung keine hinreichende wirtschaftliche Betrachtung der Auswirkungen der Reform vorgenommen wurde.

Dies führte selbst beim Koalitionspartner zu heftigem Kopfschütteln.

Der Betrieb für Bau und Liegenschaften wurde gar nicht mit einer Prüfung beauftragt.

Hektisch wurden dann vage Berechnungen nachgereicht.

Was nicht passt, wird passen gemacht, kann ich da nur sagen.

Vergeigt, weil die Polizeigewerkschaften nur unzureichend einbezogen wurden.

Vergeigt, weil der Innenminister meinte, die Ergebnisse der Verwaltungsreform nicht abwarten zu müssen.

Nun kann es gut möglich sein, dass zukünftig Kreissitz und Sitz der Polizeiinspektion auseinanderfallen.

Vergeigt, weil der Innenminister auf Kraft den Präsidiumssitz Neubrandenburg durchgesetzt hat, entgegen der Auffassung vieler Experten, entgegen der Auffassung seines Koalitionspartners SPD, insbesondere seines Amtsvorgängers Dr. Gottfried Timm und des innenpolitischen Sprechers Heinz Müller.

Vergeigt, weil das Innenministerium mit falschen Zahlen operierte.

Und vergeigt deswegen, weil eine Reform im Dialog, wie sonst immer gern vom Innenminister gepriesen, schon bei der Erarbeitung des Entwurfs offenkundig nicht stattgefunden hat.

Meine Damen und Herren,

weil die CDU durch die vereinbarten Personalabbau und auch durch die Straffung der Führungsstrukturen, die im Wesentlichen nicht zu kritisieren ist, logischer Weise keine bessere Flächenpräsenz der Polizei erreichen kann, werden einfach bewährte Strukturen aufgelöst.

Die sogenannten Einatzzüge besondere Lagen, die neben der Bereitschaftspolizei als Unterstützungskräfte der örtlichen Polizeidienststellen eingesetzt werden, gibt es nach dem Willen des CDU-Innenministers zukünftig nicht mehr.

Sie werden auf die Reviere aufgeteilt.

So soll über den tatsächlichen weiteren Personalabbau vor Ort hinwegtäuschen.

Dass dabei nach Einschätzung von Fachleuten das Einsatzgeschehen insbesondere bei Großeinsätzen geschwächt ist, wird dabei billigend in Kauf genommen.

Meine Damen und Herren,

die Kritik meiner Fraktion am Gesetzentwurf als auch an den nachgeordneten geplanten Strukturentscheidungen wurde von nahezu allen Anzuhörenden geteilt.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter stellte fest, dass durch den vereinbarten Stellenabbau eine Bekämpfung der organisierten Kriminalität kaum noch möglich sei.

Es sei sogar – man höre und staune - der Eindruck entstanden, dass ein Erstarren der Kriminalpolizei verhindert werden sollte.

Außerdem sei Anklam als Sitz des Polizeipräsidiums die wirtschaftlichste Lösung.

Wie regieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft kritisierte, dass Bewährtes zerschlagen werden soll und sprach sich für den Erhalt der Einatzzüge besondere Lagen aus.

Wie regieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht.

Der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Anklam führte aus, dass ein weiterer Personalabbau kontraproduktiv sei.

Das Hauptproblem der zu hohen Altersstruktur werde nicht gelöst.

Der Standort Anklam wurde aus verschiedensten Gründen klar favorisiert.

Interessant ist auch eine Passage aus der schriftlichen Stellungnahme. Dort ist zu lesen, dass mittlerweile bei den Kollegen vor Ort die Meinung existiere, dass die Standortfrage ein Zugeständnis des Innenministers an seinen Wahlkreis darstelle und sich nicht nach polizeifachlichen und –taktischen Erfordernissen richte.

Wie reagieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht.

Auch die Gewerkschaft der Polizei sprach sich gegen einen weiteren Stellenabbau und für den Erhalt der Einsatzzüge besondere Lagen aus.

Wie reagieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht.

Der Hauptpersonalrat der Polizei schließlich befürchtet, dass sich aufgrund der Einsparungen die Polizei immer weiter aus dem gesellschaftlichen Engagement zurückziehe.

Wie reagieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht.

Meine Damen und Herren,

äußerst befremdlich empfand nicht nur ich, dass der Innenausschuss mit offenbar falschen Zahlen konfrontiert wurde.

Ob nun mit Vorsatz oder nicht hat nachrangige Bedeutung.

Fest steht damit, dass die Reform mit nicht belastbaren Zahlen gestützt werden soll.

Ich belege das am Beispiel der „Einsatzzüge besondere Lagen“.

Am 1. Oktober 2009 teilte das Innenministerium mit, dass dort rund 200 Kräfte einschließlich Hundestellführern ihrem Dienst nachgehen.

Diese Zahl wurde auch in der Antwort auf meine Kleine Anfrage am 5. Mai 2010 in etwa bestätigt.

Aus der Gewerkschaft der Polizei wissen wir aber, dass derzeit gerade einmal 80 Beamtinnen und Beamten landesweit ihren Dienst verrichten. In Stralsund zum Beispiel arbeiten statt 33 gerade noch 14 Polizeivollzugsbeamte.

Bereits Mitte letzten Jahres hätten nach Bekanntwerden der Polizeireform die Auflösungserscheinungen eingesetzt.

Wir müssen also feststellen, dass nicht einmal die Hälfte der Beamtinnen und Beamten ihrem Dienst nachgehen.

Ich habe das Problem auf der letzten Sitzung des Innenausschusses angesprochen.

Sowohl Staatssekretär als auch Abteilungsleiter schauten sich verdutzt an.

Eine Klarstellung bzw. Erklärung hierzu erfolgte bis heute nicht.

Herr Innenminister Caffier, und Sie bringen allen Ernstes es fertig, uns noch heute das Blaue vom Himmel zu erzählen.

Tatsächlich können Sie nicht einmal halb so viele Beamtinnen und Beamte auf die Reviere, die sich dann Hauptreviere nennen dürfen, verteilen.

Im Schnitt ganze vier. Ist das Ihre bessere Präsenz in der Fläche?

Meine Damen und Herren,

der Innenminister ist nicht bereit, die Anregungen im Anhörungsverfahren aufzunehmen.

Die von den Koalitionären eingebrachten Änderungsanträge beschränken sich auf redaktionelle Fragen und auf das Heilen der zahlreichen rechtsförmlichen Fehler des Gesetzentwurfes aus dem Innenministerium – offenbar laufen die Mitarbeiter der

Normenprüfstelle auch schon Streife...

Ach ja, eine inhaltliche Änderung gibt es schon.
Der Inspekteur der Polizei wird eine Besoldungsgruppe hochgestuft.
Die knapp sechseinhalbttausend Euro pro Jahr hat man dann auch noch schnell
zusammengekratzt.

Meine Damen und Herren,
die Polizeireform ist bekanntlich überwiegend ausschließlich Sache des Innenministers.
An einer Stelle kann aber auch der Landtag heute ein Signal setzen und sagen, so geht das
nicht.
Ich meine das Polizeipräsidium Anklam.
Vieles ist hierzu bereits gesagt.
Ich sehe mich nach all den Diskussionen, Briefen und Gutachten in meiner Auffassung
gefestigt, dass Anklam der geeignete Standort ist, sowohl aus struktureller, finanzielle und
polizeifachlicher Sicht.
Ich erinnere diesbezüglich ausdrücklich auf meinen Änderungsantrag und bitte nachdrücklich
um Zustimmung.

Und wem der Standort egal aber dennoch der Auffassung ist, dem Innenminister zumindest
die gelbe Karte zeigen zu wollen, kann es heute tun und meinem reinen Gewissens Antrag
zustimmen.

Würde Anklam Präsidiumssitz, würde zumindest an dieser Stelle die Geschichte gut
ausgehen.